„Windmühlen sind eher lästig“

SPIEGEL-Gespräch Torsten Albig, 52 (SPD), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, räumt Fehler bei der Energiewende ein und fordert einen schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Umweltpolitiker Albig: „Wenn die Bagger erst mal anrollen, wird die Überraschung groß sein“

FOTO: MARTIN ZITZLAFF / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Herr Albig, die Energiewende sollte mal der neue Exportschlager Deutschlands werden. Lautet die Botschaft heute nicht eher: unbezahlbares Experiment mit ungewissem Ausgang?

Albig: Es ist typisch deutsch, dass wir wegen eineinhalb Cent mehr für erneuerbare Energien das ganze Projekt infrage stellen. Die deutsche Volkswirtschaft stemmt gerade eine heroische Aufgabe, nämlich aus Kernkraft und Kohle auszusteigen, ohne die Industriegesellschaft aufzugeben. Und wir zeigen, wie das geht.

SPIEGEL: Bislang ist das eher eine holprige als eine heroische Veranstaltung. Wie konnte das passieren?

Albig: Das ist auch so ein typisch deutsches Genöle. Selbstverständlich gibt es auf diesem Weg auch Rückschläge, das Projekt ist ja nun auch alles andere als trivial. In Schleswig-Holstein haben in der Vergangenheit drei Atomkraftwerke jährlich knapp 30 Terawattstunden Strom produziert. Rund 6000 Windmühlen werden bis 2020 die gleiche Menge Strom liefern. Grünen Strom, der weder unseren Planeten verstrahlt noch das Klima kippen lässt! Das ist eine großartige Leistung, aber sie erfordert auch, dass wir ein neues, hochkomplexes Stromnetz aufbauen müssen. Beides: Windkraftanlagen und Stromnetze verändern sehr spürbar sowohl die Kulturlandschaft als auch die ökonomischen Strukturen.

SPIEGEL: Der Bundeswirtschaftsminister sah die Energiewende neulich noch in einer „großen Krise“. Da klingen Sie vergleichsweise euphorisch.

Albig: Euphorisch ja! Aber nicht naiv. Wir haben noch viele Aufgaben zu lösen. Und wir haben auch viele Fehler gemacht. Das Gesetz zur Förderung von Wind- und Sonnenstrom war ein grandios erfolgreiches Instrument. Zu erfolgreich an mancher Stelle: Die Welt hat sich verändert. Dieselben Fördersätze, die vor Jahren angemessen waren, führen heute zu einer deutlichen Überförderung. Ein Windpark auf der Insel Fehmarn in eher mäßiger Windlage bringt Renditen, für die ich Herrn Ackermann von der Deutschen Bank wüst gescholten hätte: Wenn die Teilhaber nicht ihre 18 Prozent kriegen, werden die ganz nöckelig. Unser Regelwerk war nicht lernfähig genug.

SPIEGEL: Und der Stromkunde zahlt die Rechnung.

Albig: Heute wissen wir, dass wir den erneuerbaren Energien auch mit weniger Geld zum Durchbruch verholfen hätten. Das Problem ist nur: Wenn du in einem ökonomischen System Zusagen gibst, müssen sich die Akteure darauf verlassen können. Sonst geht das Vertrauen dauerhaft verloren. Wir sollten die Fehler, die wir gemacht haben, nicht wiederholen; aber wir können sie leider auch nicht rückwirkend beseitigen.

SPIEGEL: Eine teure und späte Einsicht.

Albig: Ja, wenn man aus dem Rathaus rauskommt, ist man immer schlauer. Aber ob der Weg raus aus Atom und Kohle am Ende der wirklich teurere ist, darüber sollten wir noch einmal reden. Die Preise wären doch auch gestiegen, wenn wir die Energieversorgung nicht umgebaut hätten. Zudem haben wir die Kosten für die Entsorgung des Atommülls nie auf der Stromrechnung ausgewiesen. Der angeblich so günstige Atomstrom hätte bei einer ehrlichen Bilanz also schon immer viel teurer sein müssen. Das Gute ist doch: In Zukunft sind wir nicht mehr vom Weltmarkt abhängig. Windenergie an Land ist inzwischen an der Börse die günstigste Erzeugungsform.

SPIEGEL: Dass Sie das sagen, überrascht uns nicht; schließlich sind Sie von Amts wegen so etwas wie der oberste Lobbyist der Windenergie. Tatsache ist jedoch, dass die Energiewende inzwischen derart teuer ist, dass sie international nicht als Vorbild, sondern eher als abschreckendes Beispiel gilt.

Albig: Doch immer nur für die Einäugigen, die alle Folgekosten bei Kohle und Atom auf die Gesellschaft abwälzen wollen. Noch einmal: Die Erzeugung von Windenergie ist schon jetzt günstig. Nun geht es um die Frage, wie wir den Strom so in die Netze und Speicher bekommen, dass er 24 Stunden, 365 Tage im Jahr verfügbar ist. Wer diese Frage als Erster beantwortet, zu dem kommt die Welt und will wissen, wie das geht. Der hat eine Generation die Marktführerschaft.

SPIEGEL: Preistreiber sind doch nicht zuletzt die Windparks in Nord- oder Ostsee, die sogenannten Offshoreanlagen. Macht Ihnen das Sorge?

Albig: Ehrlich gesagt, bin ich ja eher ein Anhänger der langweiligen Windkraftanlagen an Land. Denn das ist eine Technik, die wir absolut beherrschen und die ziemlich problemfrei ist. Wenn so ein Ding im

Windpark in der Nordsee: „Wir stehen vor einer steilen Lernkurve“

Sturm kaputtgeht, ist es nach ein paar Tagen wieder repariert. Wie das bei einem Zehn-Gigawatt-Park nach drei Wochen Novembersturm sein wird, wissen wir noch nicht so wirklich. Da stehen wir noch vor einer steilen Lernkurve. Aber auch das kriegen wir hin.

SPIEGEL: Die Wahrheit ist, dass die Offshoreparks heute das Sinnbild schlechthin sind für die Probleme der Energiewende. Zu aufwendig, zu teuer, zu kompliziert.

Albig: Tatsächlich neigen wir in Deutschland dazu, von der Maut bis zur Energiewende, Dinge komplizierter zu machen, als es sein müsste. Das ist aber kein Problem der Energiewende, sondern eher eines der Herangehensweise.

SPIEGEL: Aber der Widerstand wächst – auch in Schleswig-Holstein.

Albig: In der Tat sind Windmühlen nicht nur schön. Sie sind vor der Haustür eher lästig, und wenn man einen ganzen Park vor der Nase hat, dann erst recht. Man hat keine Chance in der Debatte, wenn man sich nicht hinstellt und fragt, woher kommen wir?

SPIEGEL: Und? Woher kommen wir?

Albig: Eigentlich müsste man jeden Kritiker zum AKW Brunsbüttel schleppen und in die Kaverne gucken lassen, in die die Generation Atom seit 35 Jahren ihre Fässer wirft. Man glaubte, man wüsste, was man tut. Jetzt stellen wir fest, wir wussten gar nichts. Mit keinem einzigen Fass ist nämlich passiert, was vorhergesagt wurde, von einer sicheren Lagerung kann keine Rede sein. Die Fässer verrotten dort und müssen jetzt für viel Geld rausgeholt und woanders hingebracht werden. Das Bittere daran ist, dass nun die Generation Wind für die Generation Atom die Rechnung zahlen muss! Und das dann auch noch vorgeworfen bekommt.

SPIEGEL: Irgendwann wird man auch auf die rostigen Windmühlen schauen und sich fragen, was da eigentlich verbrochen wurde.

Albig: Irgendwann werden wir sicher feststellen, dass auch das noch nicht die pfiffigste aller Ideen war. Aber dann lege ich die Mühle einfach um und fertig. Das ist eben der entscheidende Unterschied zwischen Windenergie und Kerntechnik: Wenn wir wollen, versetzen wir die ganze Landschaft in kürzester Zeit wieder in ihren Urzustand zurück. Versuchen Sie das mal mit einem AKW.

SPIEGEL: Dennoch bleibt es ein Risiko für eine Volkswirtschaft, wenn bei einem industriellen Großprojekt so viele Fragen ungeklärt sind.

Albig: Sie haben recht, man muss ein bisschen verrückt sein, wenn man darauf verzichtet, vom günstigen Strompreis abgeschriebener Atomkraftwerke zu profitieren. Aber man muss noch viel verrückter sein, um Atomkraftwerke auch nur einen Tag länger am Netz zu lassen als nötig. Ist es nicht ein unendlich viel größeres Risiko für eine Volkswirtschaft, das Klima zu zerstören? Oder Atommüll anzuhäufen, ohne den Hauch einer Idee zu haben, was damit passieren soll? Wieso reden Sie nicht über diese Risiken? Wer zahlt den Preis?

SPIEGEL: Zur Energiewende gehört auch der neue Kohlekompromiss – eine wahre Spendierorgie für die Energieversorger. Ist das gut investiertes Geld?

Albig: Richtig wäre die CO_2-Abgabe gewesen. Aber dass es dort Lobbyisten gab, die die Abgabe bis aufs Blut bekämpfen, war klar, und Sigmar Gabriel als Wirtschaftsminister musste eine vernünftige Balance herstellen.

SPIEGEL: Zur Balance gehört, dass wir den Energiekonzernen künftig viel Geld dafür bezahlen, dass sie Kohlekraftwerke bereithalten für den Fall, dass es zu Engpässen kommt. Was halten Sie davon?

Albig: Ich bezweifle, dass wir eine solche Kapazitätsreserve brauchen. Meine Fachleute sagen, es wird die Schwankungen nie geben, es sei denn, wir bauen nicht genügend Hochspannungsnetze.

SPIEGEL: Gabriel hat auf die CO_2-Abgabe verzichtet, weil er Jobs in der Kohleindustrie sichern wollte. Ist das nicht ein nachvollziehbares Anliegen für einen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister?

Albig: Wir werden aus der Kohleverstromung aussteigen, besser früher als später. So zu tun, als sei die Braunkohle ein dauerhaftes Lebenselixier, hilft den Leuten vor Ort nicht. Auf der einen Seite muss klar sein: Mit jeder Verzögerung laden Sie sich nur noch mehr Lasten auf, weil die Umstellungsprozesse am Ende umso gravierender sein werden. Aber ein guter Wirtschaftsminister muss in der Tat auf der anderen Seite in einem Strukturwandel darauf achten, dass es nicht zu viele Verlierer gibt.

SPIEGEL: Sie haben erst vor Kurzem Zweifel genährt, ob es richtig wäre, den guten Wirtschaftsminister auch zum nächsten Kanzlerkandidaten für die SPD zu machen. Wollen Sie ihm nun vorwerfen, dass ihm in der Kohlepolitik nur ein fauler Kompromiss gelungen ist? Sieht weitsichtige Politik nicht anders aus?

Albig: Nein. Ich verstehe durchaus, dass es Kompromisse geben muss. Und auch wir müssen unseren Teil dabei tragen. Wir dürfen nur nicht so tun, als ob die Kohlestrom-Ära erst 2050 endet. Das muss schneller gehen, und wir müssen klar sagen, wo wir mit unserer Volkswirtschaft hinwollen. Ich hoffe, die Antwort wird sein, dass wir ausschließlich auf erneuerbare Energien setzen.

SPIEGEL: Auch Bayern hat nun endlich zugestimmt, dass die nötigen Stromtrassen in den Süden gebaut werden. Wird jetzt alles gut?

Albig: Es ist ein Anfang, aber mit den Stromtrassen werden wir unsere Erfahrungen noch machen …

SPIEGEL: … weil der Strom in Bayern künftig nur noch unterirdisch fließen soll.

Albig: Es ist wichtig, dass wir in ganz Deutschland und nicht nur in Bayern unsere Erfahrungen auch mit Erdkabeln machen. Ich befürchte allerdings, dass es dazu in Bayern etwas falsche Vorstellungen gibt. Wenn die Bagger erst mal anrollen und breite Trassen durch die Dörfer buddeln, wird die Überraschung groß sein. Es wird immer so getan, als ob das eine Art Glasfaserverkabelung sei mit einem kleinen Rohr, das in die Erde gelegt wird.

SPIEGEL: Wie ist es tatsächlich?

Albig: Die Leute werden staunen, wenn sie sehen, dass eine 40 Meter breite Schneise durch das Wäldchen vor ihrem Garten geschlagen werden muss. Minimalinvasiv ist das nämlich nicht. Und warum steht da „Betreten verboten“?

FOTO: PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

SPIEGEL: Sagen Sie es uns.
Albig: Weil Sie im Zweifel lieber 30 Meter unter einem Hochspannungskabel durchgehen sollten, als über eine Wiese zu laufen, wo die entsprechende Leitung in drei Meter Tiefe liegt.
SPIEGEL: Seehofer will, dass seine Industrie nicht auf Stromquellen in anderen Regionen angewiesen ist, sondern auf Kraftwerke in der Nachbarschaft zurückgreifen kann. Können Sie das verstehen?
Albig: Bayern braucht verlässlich Strom für seine Industrie. Aber den bekommt Seehofer ohne Atom und Kohle nur mit Wind. Dazu braucht er eine Leitung aus dem Norden in den Süden – aber so, dass es keiner merkt, geht das leider nicht.
SPIEGEL: Sie haben leicht reden; Schleswig-Holstein profitiert schließlich wie kaum ein anderes Land von der Energiewende.
Albig: In der Tat, wir liefern nicht nur aus Altruismus Strom. Das sichert bei uns 15 000 Arbeitsplätze, das ist gut für unsere Leute, gut für mein Land. Ich will aber auch, dass BMW in Bayern gute Autos baut, und wir liefern guten Strom. Davon profitieren alle. Manche haben vergessen, dass aus Schleswig-Holstein 40 Jahre lang Atomstrom nach Bayern geflossen ist. Wenn es jetzt Windstrom ist, so ist das kein Sozialstaatsprojekt, es ist ein Industrieprojekt. Und ich will, dass es ein erfolgreiches ist. Für den Süden und den Norden.
SPIEGEL: Bleibt der Atommüll: 26 Castoren aus England und Frankreich müssen zurück, und niemand will sie haben.
Albig: Es ist eine Ironie der Geschichte, dass zwei rot-grüne Landesregierungen, unsere und die von Baden-Württemberg, freiwillig einen Teil der Castoren aufnehmen wollten. Knapp acht Prozent des deutschen Atommülls kommen aus Schleswig-Holstein. Da fanden wir es moralisch geboten zu sagen, wir haben auch Verantwortung. Das hat doch etwas mit Moral zu tun. Kein Land hat von Atomkraft übrigens so profitiert wie Bayern. Und deshalb ist es nur folgerichtig, dass Bayern künftig auch Castoren aufnehmen muss.
SPIEGEL: Der Streit um die Castoren ist nur ein Vorspiel. Die Suche nach dem Standort für das atomare Endlager kommt erst noch. Wie sollte die Politik die Debatte führen?
Albig: Der Untergrund in Deutschland ist nicht so unbekannt, dass wir wirklich noch 40 Jahre lang suchen müssten. Das Verfahren, auf das wir uns in der Koalition geeinigt haben, läuft Gefahr, bei den Menschen den Eindruck zu erwecken, man müsse nur lange genug diskutieren, und dann löst sich das Problem von allein. Das wird es nicht. Am Ende werden wir den Menschen an einem oder mehreren Orten sagen müssen: „Hier bei euch ist der am besten geeignete Platz. Ihr müsst es aushalten!“ Je länger Sie so tun, als gäbe es einen Ort, wo es keinen stört, umso größer wird dann die Enttäuschung bei denen sein, die es am Ende doch trifft. Die werden dann Schilder in der Hand halten, auf denen „Verräter“ steht, und sie werden die Politiker mit Särgen begrüßen.
SPIEGEL: Herr Albig, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Albig, SPIEGEL-Redakteure*
„Sie werden uns mit Särgen begrüßen“

FOTO: MARTIN ZITZLAFF / DER SPIEGEL

* Gerald Traufetter und Horand Knaup im Kieler Landtag.